

Die Geldwäsche-Spezialeinheit schwieg – und gerät jetzt ins Zwielficht

Der Chef der Geldwäsche-Spezialeinheit tritt zurück – nur einen Tag nachdem die WirtschaftsWoche berichtet hatte, dass sich die Affäre um die FIU ausweitete. Die Behörde verschwieg bei einer Prüfung ein schweres Problem.

Am Donnerstagvormittag überraschte diese Nachricht – auch wenn es von verschiedenen Seiten Forderungen gegeben hatte: Das Finanzministerium gab bekannt, dass der Chef der Anti-Geldwäsche-Einheit FIU, Christof Schulte, von seinem Posten zurücktritt. Schulte habe „aus persönlichen Gründen“ um Entbindung von seiner Funktion gebeten, hieß es.

Erst am Mittwoch hatte die WirtschaftsWoche berichtet, dass sich die Affäre um die Geldwäsche-Spezialeinheit FIU ausweitete – was das zuständige Finanzministerium unter Christian Lindner (FDP) in die Bredouille bringen könnte: Denn die Spezialeinheit hielt Zehntausende liegengeliebene Geldwäscheverdachtsfälle vor der Financial Action Task Force (FATF) geheim, der wichtigsten internationalen Organisation zur Geldwäschebekämpfung. Die Folge: Das bescheidene Ergebnis der zentralen FATF-Untersuchung zu Deutschlands Anti-Geldwäsche-Kampf wäre noch „weitaus schlechter ausgefallen“, wenn die Organisation davon gewusst hätte, meint der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Hauer.

Das Bundesfinanzministerium musste auf schriftliche Fragen Hauers einräumen, dass weder die FIU noch das Ministerium die FATF informierten. Die bislang unveröffentlichten Ministeriumsantworten liegen der WirtschaftsWoche vor. Hauer fordert nun: „Die Bundesregierung muss schnellstmöglich den Verdacht aus der Welt schaffen, dass der FATF Infos bewusst vorenthalten wurden, um ein verzerrtes Bild der Geldwäschebekämpfung in Deutschland zu erzeugen“. Zudem kreidet er den verschwiegenen Bearbeitungsrückstand Finanzminister Lindner an: „Er hat die FIU nicht im Griff“.

Bei einer Frage mauert das Ministerium

Die Bundesrepublik gilt seit Langem als Geldwäsche-Mekka, jedes Jahr sollen Kriminelle viele Milliarden in den legalen Wirtschaftskreislauf einschleusen. Wenig verwunderlich: In ihrer im Juni abgeschlossenen Untersuchung machte die FATF etliche Mängel in der hiesigen Geldwäsche-Abwehr aus. So gebe es Probleme dabei, Informationen über Geldwäschefälle zu sammeln, zu analysieren und an Polizei und Staatsanwaltschaften weiterzureichen – Aufgaben, die in den Zuständigkeitsbereich der FIU (Kurzform für Financial Intelligence Unit) fallen. Doch selbst die FATF-Prüfer wussten bei Publikation ihres Berichts nicht, wie gravierend die Mängel sind.

Denn: Erst im Oktober wurde bekannt, dass sich bei der FIU per Ende September 2022 mehr als 100.000 unbearbeitete Geldwäscheverdachtsmeldungen stauten. Teils häuften sich diese Fälle, welche die FIU unter anderem von Banken erhält, seit Anfang 2020 an.

Die FIU verschwieg die Mängel auch Abgeordneten

CDU-Finanzexperte Hauer wundert sich: Der nun zurückgetretene FIU-Chef Christof Schulte habe noch zu Beginn dieses Jahres im Finanzausschuss „auf meine Frage gesagt, dass es keine Rückstände gebe“. Zudem erstaunt ihn, dass das Ministerium nicht mitteilen will, wann bei der FIU wie viele unbearbeitete Meldungen herumlagen. Diese Informationen seien „vertraulich“, ihr Bekanntwerden sei für die „Sicherheit und Interessen der Bundesrepublik nachteilig“, heißt es in den Antworten des Ministeriums. Offenbar, so Hauers Schluss, würden Geldwäscheverdachtsfälle unter Finanzminister Lindner „nicht angemessen behandelt“.

Zu diesem Eindruck Hauers trägt bei, dass die FIU dem Finanzministerium bereits Ende August von 45.000 liegengelassenen Geldwäscheverdachtsfällen berichtete. Trotzdem informierten weder die Spezialeinheit noch das Ministerium Bundestagsabgeordnete über den Rückstau, als diese die FIU Anfang September besuchten.

Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums erklärte, die „Bearbeitungsrückstände waren dem Ministerium zum Zeitpunkt der FATF-Prüfung nicht bekannt und als solche für das Ministerium auch nicht erkennbar“. Inzwischen sei die Beratungsfirma PwC engagiert worden, um die Kontrollfunktionen der FIU weiterzuentwickeln. „Ziel hierbei ist es, den gesamten Prozess der Behandlung von Verdachtsmeldungen – vom Eingang bis zur abschließenden Bearbeitung – lückenlos abzubilden und so aufstauende Vorgänge sofort zu identifizieren und benötigte Gegenmaßnahmen einzuleiten“, sagte der Sprecher.

Das Ministerium habe Ende Oktober erstmalig erfahren, dass sich der „Gesamtumfang“ der liegengelassenen Geldwäscheverdachtsmeldungen auf mehr als 100.000 Fälle belaufe. Danach sei „umgehend der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages mit Schreiben vom 24. Oktober 2022“ informiert worden.